



**Stadt
Luzern**

Stadtrat

Bericht und Antrag

an den Grossen Stadtrat von Luzern
vom 4. April 2007 (StB 319)

B+A 17/2007

Abschreibung von Motionen und Postulaten

**Vom Grossen Stadtrat
mit Änderungen beschlossen am
28. Juni 2007
(Definitiver Beschluss des Grossen Stad-
rates im Anhang 4 am Schluss dieses
Dokuments)**

Inhaltsverzeichnis	Seite
I. Abzuschreibende Motionen und Postulate	3
II. Verlängerung der Erledigungsfrist	9
1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr	9
2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr	11
3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr	12
III. Antrag	14
Anhang 1	16
In Anhang 1 sind diejenigen Vorstösse aufgeführt, für welche der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a. des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern, stellt.	
Anhang 2	20
Anhang 2 enthält der Übersicht halber diejenigen Vorstösse, die mit einem anderen vom Stadtrat verabschiedeten Bericht und Antrag speziell behandelt werden.	
Anhang 3	21
Anhang 3 enthält diejenigen Motionen und Postulate, für die noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden kann bzw. muss.	

Der Stadtrat von Luzern an den Grossen Stadtrat von Luzern

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

I. Abzuschreibende Motionen und Postulate

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen unter Hinweis auf Art. 87 Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern eine Aufstellung überwiesener Motionen und Postulate, für die er Ihnen Abschreibung beantragt:

1. Motion 384 (1996–2000), Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion, vom 7. Juni 2001¹:
Für eine Fussgängerzone Bahnhofquai

Anfang 2006 konnte die Begegnungszone eingeführt und damit die Motion erfüllt werden.

2. Postulat 082 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. März 2002:
Gegenmassnahmen zum Verlust von Standortattraktivität infolge Fluglärmbelastung

In der Stellungnahme zum Postulat anerkannte der Stadtrat das Informationsbedürfnis der Bevölkerung über die Bewilligungspraxis im Flugrecht, soweit dies in die Kompetenz der Gemeinden fällt, und stellte eine derartige Information in Aussicht. Unter dem Titel „Tiefflüge und Helikopterlandungen – Welche Regelungen bestehen?“ verfasste die Sicherheitsdirektion eine entsprechende Medienmitteilung und liess diese über die Stelle für Kommunikation und Stadtmarketing den Medien zukommen.

3. Postulat 148 (2000–2004), Louis L. Schumacher namens der FDP-Fraktion, vom 25. Oktober 2001:
Sicherheit im Ratsbetrieb?

Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Ratsbetrieb wurden realisiert. Sie werden periodisch durch die Geschäftsleitung des Grossen Stadtrates in Absprache mit Stadtpolizei und Stadtkanzlei überprüft.

¹ Massgebend ist das Datum der Behandlung des Vorstosses im Grossen Stadtrat, nicht das Eingangsdatum.

4. Postulat 210 (2000–2004), Lotti Marti-Schindler und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Januar 2003:

Gleisüberdeckung

Das Lärmschutzprojekt der SBB zeigt keine Möglichkeit einer grosszügigen Überdeckung. Dem Projekt mit örtlich begrenzten Lärmschutzwänden wurde vom Stadtrat nicht opponiert. Die Überdeckung muss deshalb bei der Projektierung eines 3. und 4. Geleises neu überprüft werden, was allerdings mittelfristig kaum der Fall sein dürfte.

5. Motion 225 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 5. Dezember 2002:

Für einen Planungsbericht zur Fusion der Stadt Luzern und der Gemeinde Littau

Mit dem Fusionsvertrag, der dem Grossen Stadtrat am 17. Januar 2007 zur Behandlung zugestellt wurde, sind sämtliche motionierten Fragen beantwortet. Insbesondere die zum Zeitpunkt des Zwischenberichtes (B 13/2005) noch offenen politischen Würdigungen durch Stadt- und Gemeinderat sind damit verfügbar.

6. Postulat 301 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt, Katharina Hubacher und Agatha Fausch Wespe namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Quartierentwicklung für alle Quartiere der Stadt Luzern

Bei der Überweisung des Vorstosses hat sich der Stadtrat bereit erklärt, dem Thema Quartierentwicklung beim eingeleiteten Stadtentwicklungsprozess die nötige Beachtung zu schenken. Bei der Erarbeitung der Gesamtplanung 2007–2011 hat sich gezeigt, dass neben den Projekten BaBeL und dem ESP Bahnhof momentan kein Bedarf an zusätzlichen Quartierentwicklungsprojekten besteht. Es ist aber durchaus denkbar, dass im Zusammenhang mit Gemeindefusionen, bei der laufenden Revision der Bau- und Zonenordnung, bei der rollenden Überarbeitung der Gesamtplanung oder bei anderen sachbezogenen Problemstellungen vertiefte Quartierstudien erforderlich sind. In diesem Sinne ist und bleibt die Beachtung des Aspektes Quartierentwicklung eine Daueraufgabe der Stadtentwicklung

7. Postulat 307 (2000–2004), Andreas Moser namens der FPD-Fraktion, vom 3. Juni 2004:
Für ein klares Konzept und rasches Handeln des Stadtrates für den wichtigen Entwicklungsschwerpunkt Bahnhof-Tribschen

Zusammen mit SBB, Post und Kanton hat die Stadt ein Entwicklungskonzept mit Massnahmenblättern erarbeitet. Mit der kurz bevorstehenden Unterzeichnung des Konzeptes und der Massnahmenblätter durch sämtliche Planungsträger ist das Postulat erfüllt und kann somit abgeschrieben werden.

8. Postulat 310 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

Die Stadt beteiligt sich an den kantonalen Pilotprojekten zur „Basisstufe“

Die Stadt nimmt am kantonalen Pilotprojekt Basisstufe teil. Das Projekt startet im Schuljahr 2007/2008 im Schulhaus Unterlöchli.

9. Postulat 312 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Luzern als Zentrum des schweizerischen Versicherungswesens

Im Herbst 2006 konnte das „Forum Sozialversicherungen“ gegründet werden. Dieses bezweckt, Synergien im Bereich des Sozialversicherungsrechts zu intensivieren und initiieren. Die Stadt ist im Forum mit der Einsitznahme des Sozialdirektors vertreten.

10. Postulat 364 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion, vom 21. April 2005:
Die Planung „Verkehrs-System-Management“ VSP ist zügig an die Hand zu nehmen

Das Verkehrs-System-Management (VSM) ist eine Daueraufgabe, die Lenkungsmassnahmen sind ein Hauptbestandteil des Agglomerationsprogramms. Entsprechende Massnahmen erfolgen teils ergänzend zu Infrastrukturmassnahmen, teils unabhängig davon, immer zur Förderung des jeweils zweckmässigen Verkehrs, in der Stadt klar des ÖV und des Langsamverkehrs. Die Optimierung des bestehenden Systems in der Stadt erfolgt mit den Massnahmenpaketen im Verkehrskonzept Hauptachsen Luzern (VKHL) und wird 2007 abgeschlossen. Planung und Umsetzung des VSM im Rahmen des Agglomerationsprogramms werden nicht in absehbarer Zeit möglich sein, weshalb das Postulat abgeschrieben werden soll.

11. Postulat 381 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion und Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 27. Januar 2005:

Sanierungsmassnahmen im Tribschenbad

Die Massnahmen wurden 2006 ausgeführt. Ein weiterer Handlungsbedarf besteht vorläufig nicht.

12. Postulat 384 (2000–2004), Verena Zellweger namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 24. Juni 2004:

Umgehende Planung der Zweiradparkplätze bei den Universitätsprovisorien Union und Bourbaki-Panorama

Rechtzeitig vor Inbetriebnahme des Uni-Provisoriums im Union konnten in der Frieden- und der Hofstrasse insgesamt rund 100 Veloplätze zur Verfügung gestellt werden.

13. Postulat 395 (2000–2004), Philipp Federer namens der GB-Fraktion vom 21. April 2005:
Mehr Beachvolleyballfelder für Luzern

Das Thema wird im Sinne der dauernden Optimierung der Sportanlagen weiter verfolgt. Zudem wurde im Sommer 2006 im Lido Luzern mit Unterstützung der Stadt eine Beachvolley-Anlage in Betrieb genommen.

14. Postulat 015 (2004–2008), Patrick Deicher namens der CVP-Fraktion, vom 3. November 2005:
Koordinierter Erhalt des historischen Erbes im Zeughaus auf Musegg

Das ehemalige Zeughaus auf Musegg gehört zum kantonalen Immobilienbestand. Der Kanton hat inzwischen die Umnutzung des Zeughauses beschlossen und benötigt das zur Verfügung stehende Raumangebot, um die dringendsten eigenen Bedürfnisse abdecken zu können. Die wegen der Umnutzung notwendigen Umbauarbeiten werden in Zusammenarbeit mit der kantonalen Denkmalpflege vorgenommen.

15. Postulat 017 (2004–2008), Pius Suter namens der CVP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Für die Förderung einer attraktiven Luzerner Innenstadt

Die Luzern Tourismus AG hat den Bereich „Shopping“ als wesentlichen Bestandteil in ihr Marketingprogramm aufgenommen. Die Bündelung und Konzentration der Aktivitäten der zahlreichen Innenstadtorganisationen hängt vom konkreten Willen und der festen Absicht der Organisationen ab. Die Stadt wird in diesen Prozessen mithelfen.

16. Postulat 023 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 21. April 2005:
Kombispur für Velo und Bus auf der Alpenstrasse

Das Anliegen bedingt die Realisierung wichtiger Schlüsselprojekte des Agglomerationsprogramms zur Reduktion des Verkehrs in der Innenstadt. Diese Projekte werden kaum in absehbarer Zeit umgesetzt sein, weshalb das Postulat abgeschrieben werden soll.

17. Postulat 029 (2004–2008), Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 3. November 2005:
Eine regionale Saalsporthalle planen

Bei der Behandlung des Sportförderungsberichtes (B 27/2006) hat das Parlament einen Antrag, welcher der Stadt eine aktive Rolle in der Saalsporthallenplanung geben wollte, abgelehnt. Für den Stadtrat hat die Planung und Realisierung der Sportarena Allmend (inkl. Breitensportanlagen) Priorität.

18. Postulat 030 (2004–2008), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 30. Juni 2005:

Städtebauliche Aufwertung des Kasernenplatzes

Die Anregung des Postulats wurde mit den zuständigen kantonalen Behörden behandelt. Am 27. März 2006 wurde die kantonale Motion „Unverzögliche Umsetzung der seit langem geplanten baulichen Erneuerung des Natur-Museums Luzern“ eröffnet. Das Projekt Erneuerung des Natur-Museums wurde auf Grund nicht vorhandener finanzieller Mittel auf die Jahre 2012–2015 verschoben. Aktuell können nur notwendige Sanierungsmassnahmen durchgeführt werden.

19. Postulat 035 (2004–2008), Rita Meyer-Facius und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 9. Juni 2005:

Für eine Lichtsignalanlage an der Endstation der Buslinie 7, Löchli

Die Lichtsignalanlage ist erstellt und in Betrieb.

20. Postulat 037 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt und Rita Meyer-Facius namens der GB/JG-Fraktion, vom 29. September 2005:

Optimierung Fahrkomfort für Passagiere der Buslinie Nr. 7

Die Begehren des Postulats sind realisiert. Die Fahrpläne sind mit Fahrplanwechsel 2005/2006 dichter geworden. Das Niederflurangebot wurde verbessert und im Fahrplan ist angegeben, auf welchen Kursen der Linie 7 Niederflurbusse verkehren.

21. Postulat 050 (2004–2008), Zora Schelbert, vom 30. Juni 2005:

Aufwertung des europäischen Aktionstages „Ohne Auto in die Stadt!“

Am 22. September 2005 hat die Sicherheitsdirektion mit allen interessierten Kreisen einen Workshop über die Zukunft des Aktionstages durchgeführt. Der Stadtrat hat die Resultate des Workshops zur Kenntnis genommen und beschlossen, den Aktionstag nicht weiterzuführen. Er hat aber die Absicht bekundet, Sperrungen von Verkehrsflächen im Rahmen von Grossveranstaltungen grosszügiger zu bewilligen als bis anhin und die breite Palette möglicher nachfrageseitiger Massnahmen im Mobilitätsbereich (sog. Mobilitätsmanagement) verstärkt auszuschöpfen. Bereits heute engagieren sich städtische Vertreter in einer entsprechenden Arbeitsgruppe im Rahmen des Agglomerationsprogramms.

22. Postulat 064 (2004–2008), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 26. Januar 2006:

Feinstaubbelastung in der Stadt Luzern

Der Stadtrat hat beschlossen, dass neue dieselbetriebene Fahrzeuge und Maschinen grundsätzlich nur noch mit VERT-geprüften oder vergleichbaren Partikelfiltersystemen beschafft werden. Gleichzeitig hat er die Nachrüstung von 34 Fahrzeugen und Maschinen beim Tiefbauamt und der Stadtpolizei bewilligt. Zusammen mit bereits eingeleiteten

Sanierungen und der Ersatzbeschaffung alter Fahrzeuge können damit bis im Jahr 2008 die Russmissionen aus kommunalen Fahrzeugen und Maschinen um 88 Prozent reduziert werden.

23. Postulat 090 (2004–2008), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 11. Mai 2006:
Einführung einer Parkkarte mit Sonderbewilligung für Gewerbe, Handel und Dienstleister in der Stadt Luzern

Das Interesse an einer möglichst autofreien Altstadt mit einer Beschränkung der Ausnahmebewilligungen auf wirkliche Ausnahmefälle ist höher zu gewichten als dasjenige der Handwerker an einem möglichst ungehinderten Bezug von Mehrtageskarten. Es wird aber versucht, im Baubewilligungsverfahren Verbesserungsmöglichkeiten zugunsten der Handwerker zu schaffen. Die Einführung des Online-Bezugs von Parkkarten via Internet kommt zurzeit nicht in Frage, weil die Kosten zu hoch sind.

24. Postulat 111 (2004–2008), Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, Andreas Moser namens der FDP-Fraktion und Roland Habermacher namens der SVP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:
Agglomerationsprogramm. Unterstützung der kantonalen Bemühungen

Der Stadtrat hat sich in seiner Stellungnahme zum Aggloprogramm im Rahmen der öffentlichen Auflage der Richtplananpassung positiv geäußert.

25. Postulat 125 (2004–2008), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 16. März 2006:
Sofortmassnahmen bei der Überschreitung von Luftreinhaltegrenzwerten

Die Umweltschutzstelle beteiligte sich an der Erarbeitung eines Interventionskonzeptes für akute lufthygienische Belastungssituationen in der Zentralschweiz. Der Regierungsrat hat das Konzept kürzlich in die kantonale Smog-Verordnung überführt.

II. Verlängerung der Erledigungsfrist

1. Verlängerung um ein weiteres, zweites Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch die GPK bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, zweites Jahr. Zuständig dafür ist der Grosse Stadtrat (Art. 87 Abs. 2b Geschäftsreglement).

1. Postulat 281 (2000–2004), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 30. September 2004:

Renovation und Neukonzeption des Richard-Wagner-Museums

Das Thema ist Gegenstand des Planungsberichtes zu den Museen. Konkrete Schritte folgen, sobald der Bericht im Parlament behandelt wurde.

2. Motion 317 (2000–2004), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Ein ganzheitliches und nachhaltiges Konzept für die Drogenpolitik in der Stadt Luzern

Die Motion wird mit dem Bericht „Suchtpolitik der Stadt Luzern“ (Arbeitstitel) beantwortet und abgeschrieben. Grundlage werden die Ergebnisse eines Workshops bieten, zu dem die wichtigsten Suchthilfeinstitutionen und Vertreterinnen und Vertreter der diversen Abteilungen der Stadt Luzern eingeladen sind. Der Workshop fand am 14. März 2007 statt und wird in Zusammenarbeit mit dem Beauftragten für Suchtfragen des Kantons Luzern durchgeführt.

3. Motion 318 (2000–2004), Rolf Hilber namens der CVP/CSP-Fraktion, vom 30. September 2004:

Einbürgerungen durch die Bürgerrechtskommission

Die Frage einer Neubestimmung der Einbürgerungsinstanz wird erst nach dem Entscheid über die Fusion Littau-Luzern angegangen.

4. Postulat 320 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 6. Mai 2004:

Neugestaltung des St. Karli-Quais prüfen

Im Zusammenhang mit der Erweiterung des Parkhauses Zentrum sollen Neugestaltungen sowohl des Mühlenplatzes als auch des St.-Karli-Quais geprüft werden. In einer ersten Phase erfolgen Massnahmen am Mühlenplatz.

5. Postulat 321 (2000–2004), Katharina Hubacher und Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Stadtbad am St. Karli-Quai

Nach dem Standortentscheid für die Uni Luzern ist die Möglichkeit eines Stadtbades am St. Karli-Quai nicht weiter geprüft worden. Ein solches ist zudem auch nicht Gegenstand des Projekts BaBeL.

6. Postulat 332 (2000–2004), Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. Juni 2004:

Zukunftsorientierte Planung der Veloabstellplätze für die Universität Luzern

Die Uni erstellt im Rahmen ihres Projektes die entsprechende Anzahl Veloplätze. In Ergänzung hiezu planen Stadt, SBB und Kanton weitere Optimierungen und Ergänzungen der Radverkehrsanlagen im Umfeld der neuen Universität (vgl. Motion 053 2004/2008).

7. Postulat 361 (2000–2004), Ruedi Schmidig namens der GB-Fraktion, vom 30. September 2004:

Mehr Sicherheit auf den Strassen rund um das St.-Karli-Schulhaus

Die Baudirektion hat 2006 eine Umgestaltung des Knotens zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erarbeitet. Die Ausführung ist für 2007 vorgesehen.

8. Postulat 380 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion und Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Sanierungsplanung Hallenbad Luzern

Gemäss B+A 25/2006 und B+A 28/2006 soll ein neues Hallenbad in der Sportarena Allmend integriert werden. Das entsprechende Raumprogramm wurde in das Wettbewerbsprogramm integriert. Das Resultat des Wettbewerbs wird im Mai 2007 bekannt sein. Anschliessend wird ein B+A für die Realisierung der Sportarena erstellt. Bei einer Realisierung des Hallenbades auf der Allmend erübrigt sich eine Sanierung des bestehenden Hallenbades.

9. Postulat 383 (2000–2004), Markus Mächler namens der CVP/CSP-Fraktion, Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion und Marcel Lingg namens der SVP-Fraktion, vom 16. Dezember 2004:

Neues Konzept für ein neues Luzerner Hallenbad

Gemäss B+A 25/2006 und B+A 28/2006 soll ein neues Hallenbad in der Sportarena Allmend integriert werden. Das entsprechende Raumprogramm wurde in das Wettbewerbsprogramm integriert. Das Resultat des Wettbewerbs wird im Mai 2007 bekannt sein. Anschliessend wird ein B+A für die Realisierung der Sportarena mit neuem Hallenbad erstellt.

2. Verlängerung um ein weiteres, drittes Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde nach der GPK durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um ein Jahr bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, drittes Jahr.

1. Postulat 200 (2000–2004), Beat Züsli und Lotti Marti-Schindler namens der SP-Fraktion und Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 30. Januar 2003:
Quartierentwicklung im Gebiet der Industriestrasse

Im Zusammenhang mit der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) werden 2007 Zukunftsbilder entwickelt. Unter anderem ist dabei ein besonderes Augenmerk auf das Gebiet Bahnhof-Tribschen-Steghof zu richten. Unabhängig davon ist eine Quartierentwicklung im Gebiet Industriestrasse zurzeit in Bearbeitung. Der Stadt liegt ein Konzeptentwurf „Wohnwerk“ vor. Mitte März 2007 entscheidet der Stadtrat über das weitere Vorgehen.

2. Postulat 268 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel, Daniel Burri und Claudia Portmann-de Simoni namens der FDP-Fraktion, vom 18. Dezember 2003:
Quartierentwicklung und Verkehrsplanung im Wesemlin-Dreilinden-Quartier

Weil der Gestaltungsplan G312 Unterlöchli noch nicht rechtskräftig ist (Verwaltungsgerichtsbeschwerde) und auch Tempo 30 auf der Hünenbergstrasse noch nicht eingeführt ist, kann das Postulat noch nicht abgeschrieben werden.

3. Verlängerung um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr

Für die folgenden Vorstösse wurde durch den Grossen Stadtrat bereits eine Verlängerung der Erledigungsfrist um zwei oder mehrere Jahre bewilligt. Der Stadtrat stellt für diese Vorstösse einen Verlängerungsantrag um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr.

1. Postulat 260 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 21. Oktober 1999:
Eine neue Fussgängerzone Mühlenplatz

Nachdem der Versuchsbetrieb „Sommerleben Mühlenplatz“ erfolgreich war, soll der Mühlenplatz ab 2008 saniert werden und bis auf einige Umschlagplätze die Parkplätze in Kompensation zu der geplanten Erweiterung des Parkhauses Zentrum aufgehoben werden.

2. Postulat 305 (1996–2000), Peter Muheim, Peter Henauer, Louis Baume und Emerentia Bucher-Schaad, vom 16. September 1999:
Mehr Verkehrssicherheit an der Bireggstrasse

Das Strassenlärmsanierungsprojekt hat sich verzögert und wird Mitte 2007 vorliegen. Als lärmreduzierende Massnahme steht nach wie vor Tempo 30 im Vordergrund.

3. Postulat 330 (1996–2000), Peter Muheim und Ruedi Meier namens der GB-Fraktion, vom 26. Oktober 2000:
Schluss mit dem Velochaos

Der für 2006 in Aussicht gestellte Richtplan Zweiradverkehr wurde in Abstimmung mit dem Aggloprogramm, der Planung Uni und dem Projekt Zentralbahn ergänzt und kann 2007 dem Parlament unterbreitet werden.

4. Postulat 385 (1996–2000), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 25. Januar 2001:
Ein neues City-Logistik-Konzept für die Altstadt

Im Zusammenhang mit einer erneuten Planung einer Aufwertung der Achse Grendel–Löwengraben kann die Möglichkeit einer optimierten Anlieferung geprüft werden.

5. Postulat 102 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:
Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 1: Erweiterung Definition Innenstadt

Im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) sollen aufgrund von Nutzen und Erschliessung charakteristische Zonen definiert werden. Die Revision der BZO ist im Gange.

6. Postulat 103 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Das Tribschenquartier wird zur Innenstadt 2: Anpassung Parkplatzreglement

Nachdem im Rahmen der Revision der Bau- und Zonenordnung (BZO) entsprechende Zonen definiert worden sind (vgl. Postulat 102), kann die Überarbeitung des Parkplatzreglements bezüglich der Zonenzuordnung geprüft werden. In seiner Antwort auf die Petition für eine ganzheitliche und bedürfnisgerechte Parkplatzoptimierung in der Stadt Luzern hält der Grosse Stadtrat am 1. April 2004 fest, dass sich das Parkplatzreglement in der heutigen Form jedoch grundsätzlich bewährt. Er lehnt sowohl die Verschärfung wie auch die Lockerung desselben ab.

7. Postulat 104 (2000–2004), Peter Muheim und Cony Grünenfelder namens der GB-Fraktion, vom 28. Februar 2002:

Das Tribschengebiet wird zur Innenstadt 3: Aufwertung der Strassenräume

Im Rahmen der Revision der BZO, unter Berücksichtigung von ESP Bahnhof und Agglomerationsprogramm, müssen die verkehrs-, bzw. nutzungsorientierten Strassen neu definiert werden. In der Folge können Gestaltungen verbessert und Verkehrsbeschränkungen geprüft werden.

8. Motion 142 (2000–2004), Cony Grünenfelder und Peter Muheim namens der GB-Fraktion, vom 21. November 2002:

Stadtreparatur am Pilatusplatz vorantreiben

In Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Grundeigentümern und Fachplanern wurde das städtebauliche Konzept weiterentwickelt. Dieses wurde im Entwurf Masterplan Pilatusplatz zusammengefasst und wird von den privaten Grundeigentümern grossmehrheitlich unterstützt. Der Stadtrat entschied im Juni 2006, dass der Pilatusplatz stärker mit der BZO-Revision verknüpft werden muss. Die entwickelten Ideen werden im Rahmen der Zukunftsbilder der BZO-Revision kritisch überprüft.

9. Postulat 177 (2000–2004), Louis L. Schumacher, Rita Misteli, Claudia Portmann-de Simoni und Guido Durrer, vom 5. Dezember 2002:

Das Luzerner Messewesen und seine Verkehrszukunft

Im Bericht B 25/2006 (Konzept Allmend) wurden, gestützt auf den Metron-Bericht, konzeptionelle Überlegungen gemacht. Mit dem dringlichen Postulat 172 2004/08 wurde ein Parkierungskonzept im Zusammenhang mit den anstehenden Entscheiden zur Sportarena verlangt. Dieses Konzept wird auch für die Messe Gültigkeit haben.

III. Antrag

Unter Hinweis auf die Begründungen beantragt Ihnen der Stadtrat, die Motionen und Postulate unter I., Ziffern 1–25 als erledigt abzuschreiben.

Gleichzeitig beantragt er Ihnen die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate unter:

II.1., Ziffern 1–9 um ein weiteres, zweites Jahr zu verlängern

II.2., Ziffern 1–2 um ein weiteres, drittes Jahr zu verlängern

II.3., Ziffern 1–9 um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr zu verlängern

Luzern, 4. April 2007

Urs W. Studer
Stadtpräsident



Toni Göpfert
Stadtschreiber

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 17 vom 4. April 2007 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I., Ziffern 1–25 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1., Ziffern 1–9 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.2., Ziffern 1–2 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3., Ziffern 1–9 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Anhang 1

Für die folgenden Vorstösse stellt der Stadtrat gemäss Art. 87 Abs. 2 lit. a des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates der Geschäftsprüfungskommission einen begründeten Antrag, die Erledigungsfrist um ein Jahr zu verlängern. Es handelt sich dabei um Vorstösse, deren Frist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember 2007 abläuft.

1. Postulat 341 (2000–2004), Beat Züsli namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Road Pricing zur Förderung des öffentlichen Verkehrs

In seiner Antwort auf die Interpellation Walker sieht der Bundesrat Road Pricing in einem mittel- bis langfristigen Realisierungshorizont als zukunftssträchtigen und interessanten Ansatz – insbesondere als einen Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Städten und Agglomerationen. Strassenbenützungsgebühren in dieser Form setzen – wie bei der Einführung der LSVA und der Autobahnvignette – eine Verfassungsänderung voraus. Welche Anpassungen in welcher Form nötig wären und weitere Fragen, die sich mit der Umsetzung von Road-Pricing-Projekten stellen, werden zurzeit vertieft behandelt. Im Auftrag des Nationalrats erstellt das ARE einen Bericht über die Einführung eines Road Pricing. Das Astra prüft im Rahmen des Forschungspakets Mobility Pricing benutzungsbezogene Verkehrsabgaben für den öffentlichen und den privaten Verkehr mit dem Ziel, die Mobilitätsnachfrage zu beeinflussen. Die Entwicklung wird verfolgt.

2. Motion 394 (2000–2004), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 24. Februar 2005:
Planungsbericht zur Neuorganisation der Schulpflege

Die Abstimmung zur Fusion Littau-Luzern vom 17. Juni 2007 hat Einfluss auf die Ausgestaltung der Schulpflege in den nächsten Jahren. Erst das Abstimmungsergebnis ermöglicht es, einen konkreten Ausgestaltungsvorschlag dem Parlament zu unterbreiten.

3. Postulat 012 (2004–2008), Matthias Birnstiel namens der CVP-Fraktion, vom 12. Mai 2005:
Erweiterung der Stadtbibliothek

Zunächst wird geprüft, inwieweit eine Erweiterung innerhalb der Bourbaki-Liegenschaft möglich ist. Dies ist u. a. abhängig von der generellen Entwicklung in der und um die Bourbaki-Liegenschaft (Folgeprojekte Museums-Bericht).

4. Postulat 024 (2004–2008), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 9. Juni 2005:
Mehr Sicherheit auf der Strasse zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten Büttenenhalde

Die Büttenenstrasse als Zufahrt zum Primarschulhaus Büttenen und zu den Kindergärten ist eine Privatstrasse. Tiefbauamt und Stadtpolizei beurteilten im April 2005 die Situation

und stellten fest, dass sich die Sicherheit nur mit einer Tempo-30-Zone erhöhen lässt. Die Einführung einer solchen Anordnung bedarf des Einverständnisses der Strasseneigentümerschaft. Bis heute konnte darüber noch keine Einigung erzielt werden.

5. Postulat 026 (2004–2008), Viktor Rüegg, vom 27. Januar 2005:

Freie Arztwahl für Betagte in Wohn- und Pflegeheimen

Neue Ausgangslage bzw. Stand:

- a) Im Bereich HAS sind neu eine leitende Heimärztin und ein leitender Heimarzt angestellt worden.
- b) Mit den in den Heimen tätigen Hausärzten und Hausärztinnen wurden neue Arbeitsverträge ausgearbeitet und abgeschlossen.
- c) Im Bereich HAS wurde das Projekt Neuorganisation der Arztdienste gestartet.

6. Postulat 027 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 30. Juni 2005:

Stadtreparatur am Kasernenplatz vorantreiben

Für den Kasernenplatz steht noch keine konkrete Nutzung in Aussicht. Die laufende Änderung des Zonen- und Bebauungsplans B 135 im Bereich Parkhaus Luzern-Zentrum / Gütschstrasse 2/4/6 strebt eine Aufwertung des Kasernenplatzes und dessen Umfeldes an. Einsprachen haben das Änderungsverfahren verzögert.

7. Postulat 033 (2004–2008), Markus Mächler, Cony Grünenfelder, Rolf Krummenacher, Marcel Lingg und Markus T. Schmid namens der Spezialkommission Liegenschaftspolitik, vom 15. Dezember 2005:

Ergänzungsbericht zur Liegenschaftspolitik der Stadt Luzern

Im Rahmen der BZO-Revision werden die Ziele der Gesamtplanung auf die einzelnen Quartiere umgesetzt. Bei den laufenden Liegenschaftengeschäften wird anhand der beigelegten Checkliste die quartierbezogene Beurteilung von Liegenschaftstransaktionen vorgenommen und dokumentiert. Aufgrund von Kapazitätsproblemen und wegen der Priorisierung von Projekten auf Stadtgebiet konnten für Areale in andern Gemeinden noch keine Vorgehenskonzepte erarbeitet werden.

8. Postulat 036 (2004–2008), Beat Züsli, Markus T. Schmid und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Bedingungen für den Kauf und Verkauf von Liegenschaften

Die wesentlichen Anliegen des Postulats sind bereits im B+A Städtische Liegenschaftspolitik aufgenommen worden. In den nächsten Monaten werden dem Parlament mehrere Anträge für Liegenschaftentransaktionen vorgelegt. Damit kann der Nachweis erbracht werden, dass die Anliegen des Postulats umgesetzt werden.

9. Postulat 042 (2004–2008), Rolf Krummenacher namens der FDP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Veräusserung von Grundstücken

In den nächsten Monaten werden dem Parlament mehrere Anträge für Liegenschaftentransaktionen vorgelegt. Damit kann der Nachweis erbracht werden, dass die Anliegen des Postulats umgesetzt werden. Einzelne Liegenschaftentransaktionen werden durch externe Faktoren verzögert. Das Areal Unterdattenberg Kriens wurde bereits veräussert. Zusätzlich konnten die Liegenschaft Bernstrasse 38 verkauft und die Liegenschaft Winkelriedstrasse 14 erworben werden.

10. Postulat 048 (2004–2008), Markus Mächler und Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 3. November 2005:

Für eine Begegnungszone im Löwengraben-West

Das in Aussicht gestellte verkehrstechnische Gutachten wird erstellt, sobald mit den Anwohnern und Gewerbetreibenden Vorstellungen einer möglichen Entwicklung erarbeitet sind.

11. Motion 053 (2004–2008), Peter Henauer namens der SP-Fraktion und Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 24. November 2005:

Erstellung eines Veloabstellkonzepts für die Universität Luzern

Die Uni erstellt im Rahmen ihres Projektes die entsprechende Anzahl Veloplätze. In Ergänzung hiezu planen Stadt, SBB und Kanton weitere Optimierungen und Ergänzungen der Radverkehrsanlagen im Umfeld der neuen Universität (vgl. Postulat 332 2000/2004).

12. Postulat 056 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:

Einführung eines Qualitätsmanagementsystems für eine effiziente und wirkungsorientierte Velopolitik in der Stadt Luzern

Der Richtplan Zweiradverkehr wird (verspätet) 2007 dem Parlament unterbreitet. Darin wird auch das Qualitätsmanagement beschrieben.

13. Postulat 079 (2004–2008), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 3. November 2005:

CD-Recycling in der Stadt Luzern

Die Massnahmen, insbesondere die Einrichtung von Sammelstellen in der Verwaltung, sind in Prüfung.

14. Postulat 113 (2004–2008), Anita Weingartner und Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 15. Dezember 2005:

Das Tixi-Taxi 2006 möglichst zum Tarif des öffentlichen Verkehrs

Ein kantonaler Projektausschuss hat eine differenzierte Situationsanalyse gemacht und ein Lösungsmodell skizziert. Der Projektausschuss hat sich entschieden, nicht auf den Ausbau der Tixi-Angebote zu setzen, sondern hat ein Vier-Säulen-Modell entwickelt, welches auf dem Angebot des ÖV aufbauen soll (vgl. Mobility ergänzt ihre Flotte mit Spezialfahrzeugen, Begleitsdienst mit Freiwilligen, Call-Center und Beratungsdienst „Transportfragen“.) Die Zielausrichtung soll in Form eines Leitbildes umschrieben werden. Mittels eines Leistungsauftrages soll ein privater Förderverein mit dem Projekt betraut werden und Partner suchen, die für die Umsetzung der Konzeptvorgabe (Vier-Säulen-Modell) geeignet sind. Mit jenen sollen dann wiederum Leistungsverträge ausgehandelt werden. Diese soeben genannte ganze Projektphase muss jedoch noch mittels eines Regierungsratsbeschlusses ausgelöst werden.

Anhang 2

Folgende Vorstösse werden separat mit einem Bericht und Antrag zur Abschreibung beantragt:

1. Postulat 231 (2000–2004), Christa Stocker Odermatt namens der GB-Fraktion, vom 20. März 2003:

Dammdurchbruch im Untergrundquartier

Der Bericht und Antrag zum Dammdurchbruch wird auf 2007 vorbereitet.

2. Postulat 334 (2000–2004), Bruno Heutschy namens der SVP-Fraktion, vom 6. Mai 2004:
Beleuchtung des Wasserturms

Die Beleuchtung des Wasserturms ist Teil des szenografischen Beleuchtungsprogramms und damit auch des B+A „Plan Lumière“. Der Grosse Stadtrat wird im Sommer 2007 über diesen B+A entscheiden.

3. Postulat 366 (2000–2004), Katharina Hubacher namens der GB-Fraktion, vom 4. November 2004:

Für eine Fachstelle zur Wiedereingliederung von ausgesteuerten Sozialhilfeempfänger/innen

Das Postulat wird im B+A „Entwicklung Sozialhilfe“ voraussichtlich im Herbst 2007 behandelt.

Anhang 3

Für die folgenden Motionen und Postulate kann noch kein Abschreibungsantrag gestellt werden bzw. läuft die Erledigungsfrist gemäss Art. 87 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates noch nicht ab:

1. Motion 041 (2004–2008), Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 6. April 2006:
Neuregelung der Vergabepraxis bei den Einnahmen aus der Billettsteuer
2. Motion 046 (2004–2008), Verena Zellweger-Heggli und Thomas Gmür namens der CVP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:
Ausarbeitung eines neuen Sicherheitsberichtes für die Stadt Luzern
3. Motion 072 (2004–2008), Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 28. September 2006:
Verbesserung von Pausenplätzen an Stadtschulen
4. Postulat 073 (2004–2008), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 26. Januar 2006:
Alarmierende Situation der Jugendarbeitslosigkeit – Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Lehrstellen
5. Postulat 088 (2004–2008), Viktor Rüegg, vom 16. März 2006:
Luzern erklärt sich zur „Gats-freien Gemeinde“
6. Motion 089 (2004–2008), Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:
Eine flächendeckende „Schule+Betreuung“ bzw. ein Systemwechsel bei den Quartierschulen
7. Postulat 096 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion und Peter Henauer namens der SP-Fraktion, vom 16. März 2006:
Einbahnstrasse im Hirschmattquartier für den Veloverkehr öffnen
8. Postulat 097 (2004–2008), Christa Stocker namens der GB/JG-Fraktion, vom 16. März 2006:
Bruchquartier vom Verkehr entlasten – Wohnqualität verbessern
9. Motion 100 (2004–2008), Cony Grünenfelder namens der GB/JG-Fraktion, vom 2. November 2006:
Substanzerhalt des ehemaligen Ursulinenklosters Mariahilf
10. Postulat 109 (2004–2008), Andreas Moser namens der FDP-Fraktion, vom 29. Juni 2006:
Szene Europaplatz – Lösungen sind gefragt!

11. Postulat 121 (2004–2008), Korintha Bärtsch und Philipp Federer namens der GB/JG-Fraktion, vom 6. April 2006:
Besserer ÖV im Maihofquartier
12. Postulat 129 (2004–2008), Walter Stierli namens der SVP-Fraktion, vom 29. Juni 2006:
Bei der Revision der Bau- und Zonenordnung ist das Areal der Kantonsschule und der Butterzentrale neu der Wohn- und Gewerbezone mit stillem Gewerbe (Büro) zuzuteilen
13. Postulat 131 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:
Rollstuhlgängige Verkehrserschliessung optimieren
14. Postulat 133 (2004–2008), Lathan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:
Mehr Quartier- und Jugendarbeit
15. Motion 136 (2004–2008), Rolf Hilber namens der CVP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:
Grendel: Tor zum Marktplatz Altstadt im Umbruch
16. Postulat 140 (2004–2008), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:
Flankierende Massnahmen zum Schutz der AnwohnerInnen vor zusätzlichem Verkehr nach der Tieflegung der Zentralbahn
17. Postulat 141 (2004–2008), Katharina Hubacher, Cony Grünenfelder, Christa Stocker Odermatt, Korintha Bärtsch und Edith Lanfranconi-Laube, vom 28. September 2006:
Nachhaltige Verkehrs- und Umweltpolitik in Luzern
18. Postulat 149 (2004–2008), Cony Grünenfelder namens der GB/JG-Fraktion, vom 23. November 2006:
Angemessene finanzielle Partizipation der Stadt als Eigentümerin am erfolgreichen Geschäftsverlauf der ewl Holding AG
19. Motion 152 (2004–2008), Markus T. Schmid namens der SP-Fraktion, vom 8. März 2007:
“Velobericht” für die Stadt Luzern
20. Postulat 153 (2004–2008), Edith Lanfranconi-Laube namens der GB/JG-Fraktion, Pius Suter namens der CVP-Fraktion, Trudi Bissig-Kenel namens der FDP-Fraktion und Esther Steiger-Müller namens der SP-Fraktion, vom 8. März 2007:
Schaffung und Erhalt von Stellen für leistungsschwächere Mitarbeitende und Lehrlinge
21. Volksmotion 158 (2004–2008), Guido Meier und Mitunterzeichner, vom 14. Dezember 2006:
Für die Erhaltung der Spiel- und Grünfläche bei der Schulanlage Dula/Säli/Pestalozzi

22. Postulat 161 (2004–2008), Philipp Federer namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:
Vergrößerung der Begegnungszone Bahnhofstrasse
23. Postulat 162 (2004–2008), Philipp Federer und Christa Stocker Odermatt namens der G/JG-Fraktion, vom 8. März 2007:
Hirschmattquartier als Begegnungszone gestalten
24. Postulat 166 (2004–2008), Katharina Hubacher namens der GB/JG-Fraktion, vom 28. September 2006:
Energiefragen auf der Allmend beantworten
25. Postulat 169 (2004–2008), Yves Holenweger namens der SVP-Fraktion, vom 28. September 2006:
Schaffung einer vollkommenen Transparenz über die Fakten und Zahlen des Fusionsprojektes „Littau-Fusion-Luzern“!
26. Volksmotion 171 (2004–2008), Peter Laube und Mitunterzeichner, vom 23. November 2006:
Quartierpolizisten in der Stadt Luzern
27. Postulat 172 (2004–2008), Beat Züsli, Patricia Infanger und Dominik Durrer namens der SP-Fraktion, vom 18. September 2006:
Parkierungskonzept Luzerner Allmend
28. Postulat 175, Nora Ly und David Largier namens des Kinderparlaments, vom 23. November 2006:
Entlastungs- und Überprüfungsprojekt EÜP, Sparmassnahmen der Stadt: Aussenanlagen, Pausenplätze, grössere Klassenbestände
29. Motion 195 (2004–2008), Franziska Bitzi Staub und Markus Mächler namens der CVP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:
Prüfung der Fusion Stadtpolizei
30. Postulat 204 (2004–2008), Christa Stocker Odermatt und Hans Stutz namens der G/JG-Fraktion und Latahan Suntharalingam namens der SP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:
Startchancen für Kinder verbessern: 2 Kindergartenjahre für alle Kinder mit Bedarf
31. Postulat 213 (2004–2008), Markus Elsener namens der SP-Fraktion, vom 14. Dezember 2006:
Vorsorgen statt Heilen – Stopp der Strahlenbelastung unserer Primarschulkinder
32. Postulat 233 (2004–2008), Gaby Schmidt, Markus Schmid und Anita Weingartner namens der SP-Fraktion, vom 8. Februar 2007:
Für den Erhalt des Schulhauses Büttenen

33. Postulat 239 (2004–2008), Verena Zellweger-Heggli namens der CVP-Fraktion, vom 8. März 2007:

Vermeidung der Schliessung des Kindergartens Steinhof

Anhang 4

zu B+A 17/2007 Abschreibung von Motionen und Postulaten

Definitiver Beschluss des Grossen Stadtrates

(unter Berücksichtigung der im Grossen Stadtrat beschlossenen Änderungen)

Der Grosse Stadtrat von Luzern,

nach Kenntnisnahme vom Bericht und Antrag 17/2007 vom 4. April 2007 betreffend

Abschreibung von Motionen und Postulaten,

gestützt auf den Bericht der Geschäftsprüfungskommission,

in Anwendung von Art. 87 Abs. 2 lit. b und Abs. 4 des Geschäftsreglements des Grossen Stadtrates von Luzern vom 11. Mai 2000,

beschliesst:

1. Die Motionen und Postulate gemäss I. Ziffern 1–3, 5, 7–9, 11–15, 19–20, 22, 24–25 werden abgeschrieben.
2. Die Erledigungsfrist der Postulate gemäss II.1 Ziffern 1–9 wird um ein weiteres, zweites Jahr verlängert.
3. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.2 Ziffern 1–2 wird um ein weiteres, drittes Jahr verlängert.
4. Die Erledigungsfrist der Motionen und Postulate gemäss II.3 Ziffern 1–9 wird um ein weiteres, viertes oder zusätzliches Jahr verlängert.

Luzern, 28. Juni 2007

Namens des Grossen Stadtrates von Luzern

Cony Grünenfelder
Ratspräsidentin

Toni Göpfert
Stadtschreiber

